

Neue Räte für „Wettbewerbsfähigkeit“ sollen Löhne innerhalb der EU drücken

AUGE-Landessprecher Müllner ist strikt gegen Vorschlag der EU-Kommission:

„Aushebelung der Kollektivverträge durch die Wettbewerbsfähigkeitsräte soll als Reform verkauft werden.“

Die EU-Kommission drängt neuerlich auf die Installierung so genannter „Wettbewerbsfähigkeitsräte“ (WBF-Räte). Innerhalb von sechs Monaten sollen die Regierungen solche WBF-Räte einsetzen, um „Reformen voranzubringen“, wie es heißt. Den wahren Grund für diese Räte sieht Robert Müllner, Landessprecher der AUGE/UG Salzburg, aber woanders: „In unserem Fall würde das darauf hinauslaufen, dass das österreichische System der Kollektivlohn-Verhandlungen ausgehebelt werden soll. Die Konzern-Lobbys in der EU wollen weg von Flächen-Kollektiv-Verträgen und Lohnverhandlungen lieber in jedem einzelnen Betrieb führen, was die Position der ArbeitnehmerInnen massiv schwächen würde.“ Nichts anderes könne gemeint sein, wenn die EU-Kommission davon spreche, dass die neuen WBF-Räte u. a. die „Auswirkungen von Lohnentwicklungen auf die Wettbewerbsfähigkeit untersuchen sollen“.

Das Europabüro des ÖGB berichtet, dass die Kommission seit Jahren nachdrücklich empfiehlt, die automatische Lohnindexierung in Ländern wie Belgien abzuschaffen oder die Heraufsetzung des gesetzlichen Pensionsalters (z. B. in Österreich) zu erzwingen. Generell gebe es einen Trend in der EU-Kommission, die Lohnverhandlungen zu „dezentralisieren“, also Flächen-Kollektivverträge zu Gunsten von Firmen-Kollektivverträgen einzuschränken.

Zwar wird seitens der Kommission betont, dass die WBF-Räte gegenüber Regierung und Behörden „strukturell unabhängig“ und weisungsfrei agieren sollen. Sie sollen sich zudem mit allen relevanten Akteuren – einschließlich den Sozialpartnern – beraten. Dass der Europäische Gewerkschaftsbund in die Vorbereitungen des Vorschlags nicht einbezogen wurde, zeigt jedoch den Grund für diese neuen Einrichtungen: Sie sollen die angeblich „unabhängige politische Expertise“ liefern und Druck auf „Reformen“ in den Mitgliedsstaaten erzeugen.

Die AUGE/UG bringt bei der Vollversammlung der Salzburger AK deshalb einen Antrag ein, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, sich gegen die Installierung solcher Wettbewerbsfähigkeitsräte auszusprechen und dies in Brüssel eindeutig zu artikulieren.

Wettbewerbsfähigkeitsräte wären ein bewusste Zerschlagung der Kollektivvertragsfähigkeit der Gewerkschaften im gesamten Bundesland und in Europa.

„Wir erwarten uns, dass die Bundesregierung unserem Anliegen kurzfristig nachkommt, und sich auf EU Ebene eindeutig gegen die Installierung dieser Verhinderungsräte einsetzt“, meint Müllner abschließend.

Rückfragehinweis: Robert Müllner, mobil: 0676 911 10 09

Unsere weiteren Anträge finden Sie auf <http://auge.or.at/salzburg>